

# Dresdner Volkszeitung

Hilfskonto: Leipzig, Raben & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauptkassa: Dresden, Wehr. Arnhold.

Organpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4,50 M., durch die Post zugunsten vierjährig 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 7,25 M., Einzelnummer 20 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 26 281.  
Vertrieb nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 26 281.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gefaltete Hauptzeile 1,80 M., Familienanzeigen 1,30 M., die 9 gefaltete Kleinzeile 6,00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Verfehlung 20 Pf.

Nr. 132

Dresden, Freitag den 11. Juni 1920

31. Jahrg.

## Wahlausfall und sächsische Politik

Der Wahlausfall vom 6. Juni hat auch im sächsischen Landesparlament gewisse Schwierigkeiten erzeugt. Denn es kann nicht mehr zweifelhaft sein, daß die jetzige Zusammensetzung der Volkstammer der augenblicklichen Stimmung im sächsischen Volke nicht mehr entspricht, insbesondere würden bei einer Neuwahl, die gleichzeitig mit den Reichstagswahlen am 6. Juni vorgenommen worden wäre, die jetzigen Regierungsparteien (Sozialdemokraten und Demokraten) keine Mehrheit mehr haben. Wir würden auch nicht mehr die stärkste Vertretung und damit auch keinen Anspruch auf das Präsidium mehr stellen können, sondern den ersten Präsidentenposten an die Unabhängigen abtreten müssen, die um einen Mann stärker wie wir in die Volkstammer einzeln würden. Daß die neue Zusammensetzung der Volkstammer auch eine Neubildung der Regierung nach sich ziehen müßte, ist ohne weiteres klar. Ob sich daraus dieselben Schwierigkeiten wie im Reich ergeben würden, kann man dahingestellt sein lassen. Jedenfalls würden die Unabhängigen, wenn sie sich in Sachsen an der Regierungsbildung beteiligen sollten, Anspruch auf den Ministerpräsidentenposten erheben und wahrscheinlich alle wichtigen Posten besetzen können.

Bei dieser Sachlage ist es durchaus erklärlich, daß in der Volkstammer die Frage aufgeworfen wurde, ob die neue Situation eine als baldige Auflösung der Kammer erheische. Nach eingehenden Beratungen haben die Regierungsparteien sich auf eine Erklärung geeinigt, die wir gestern bereits veröffentlicht haben. Danach sind sie durchaus bereit, die Konsequenzen aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen zu ziehen und ungeschämte Neuwahlen vorzunehmen, sobald die Volkstammer die dringenden Vorlagen erledigt hat. Als solche werden Verfassung, Wahlgesetz und das Landessteuergesetz für die Gemeinden besonders genannt. Daß unter den dringenden Aufgaben auch der Etat zu verstehen ist, versteht sich unserer Meinung nach von selbst. Besonders aber muß hervorgehoben werden, daß ein neues Wahlgesetz kaum ohne die vorherige Erledigung der Verfassung geschaffen werden kann und die Volkstammer überdies besonders für die Schaffung einer Verfassung gewählt worden ist. Verantwortlich aber wäre es, wenn die sächsischen Gemeinden mit ihren Ansprüchen auf ihren Anteil an der Reichsfinanzkommunikationsträger ganz auf die Gnade der Regierung angewiesen wären, von der sich noch gar nicht sagen läßt, wie sie zusammengelegt sein würde. Deshalb ist die baldige Erledigung eines Landessteuergesetzes für die Gemeinden und damit die Erreichung eines Rechtsabens für ihre Ansprüche an den Staat eine unabwiesbare Pflicht der jetzigen Volkstammer.

Eine sofortige Selbstauflösung der Kammer hätte einen äußerst schwierigen Zustand gesch. Wir sind aber auch der Ansicht, daß bei der heutigen bewegten Stimmung im Volke noch weniger als sonst ein Zwang zur Auflösung der Volkstammer besteht, wenn sich durch Wahlen zu einem andern Parlament eine Verschiebung der Parteiverhältnisse ergeben hat. Staatsrechtlich liegt jedenfalls dazu keinerlei Anlaß vor, solange die verfassungsmäßige Tagungsdauer der Volkstammer noch nicht abgelaufen ist. Aber das demokratische Prinzip? Danach muß die Volksvertretung der Volkstimmung entsprechen. Gewiß. Aber doch der Volkstimmung, die zu der Zeit besteht, wenn die für die Volkstammer verfassungsmäßig vorgeschriebene Periode zu Ende ist. Das aber ist das Jahresende von 1920. Will jemand heute sagen, wie es dann um die Volkstimmung bestellt sein wird, welche Wirkung insbesondere dann das Verhalten der Unabhängigen zur Regierungsbildung im Reich und die Tatsache ausgelöst haben, daß sie die Schwierigkeiten verschulden und wahrscheinlich allein die Verantwortung für die eventuelle Notwendigkeit einer rein stürzlichen Regierung auf sie läßt? Es ist sehr wohl möglich, daß eine Volkstammer, die heute gewählt wird, schon am Jahresende der Volkstimmung in einer Reihe mehr der heutigen entsprechen würde. Aber aber demnach unter Überbewertung des demokratischen Gehalts für sofortige Neuwahlen eintritt, der sollte nicht übersehen, daß er konsequentermaßen dann auch die gleichzeitige Auflösung aller Gemeindevereinigungen fordern müßte.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß Kammerneuwahlen am 6. Juni zwar Verschiebungen in der Zusammensetzung der Kammer und der Regierung ergeben haben würden, für die Wehrheitsbildung bei Entscheidungen über diese Vorlagen aber kaum grundsätzliche Änderungen eingetreten wären. Für Durchsetzung sozialistisch gerichteter Forderungen wäre nach wie vor noch ein Zusammenhang vom Sozialdemokraten und Unabhängigen erforderlich, für sozialistisch geartete Anträge aber wäre auch dann in der Kammer keine Mehrheit vorhanden. Freilich demokratische Forderungen aber hätten nach wie vor eine sichere Mehrheit, gegebenenfalls auch ohne die Unabhängigen, wie sehr auch, nämlich dann, wenn die Volksparteier dafür eintreten würden, die letzteren in der Volkstammer ja eine wesentliche andere Haltung gezeigt haben, wie die von Stresemann und Seinge vertreten. Diese Erwägungen scheinen uns besonders für die Notwendigkeit der Erledigung der Vorlagen, besonders die Verfassung, beachtlich.

Es ist ferner nur zu erklären, daß die Regierung die Nichtaufhebung hat, zurücktreten und so gewisse Konsequenzen aus dem Wahlausfall zu ziehen. Soweit diese Anträge von sozialdemokratischen Vertretern in der Regierung zum Ausdruck gekommen sind, ist ihnen von der sozialdemokratischen Volkstammerfraktion nahegelegt worden, zunächst zurückzutreten. Ob sie dennoch ihre Ämter der Kammer

zur Verfügung stellen wollen, entzieht sich zur Zeit noch unserer Kenntnis, geschieht es aber, dann wird für ihre endgültige Entscheidung das Veto der Kammermehrheit ausschlaggebend sein. Das heißt, sie würden dann voraussichtlich auf ihren schwierigen Posten ausharren, gegebenenfalls bis zur Neuwahl der Kammer.

Die Situation in Sachsen ist gewiß durch den Wahlausfall nicht einfacher geworden. Jetzt muß jedoch ruhig Blut bewahrt und die endgültige Entscheidung danach bestimmt werden, was das Wohl des Landes und Volkes erheischt. Von solchen Gesichtspunkten aus angestellte Erwägungen müssen dazu führen, daß auch von scheinbar demokratischen Absichten bestimmte Leberstirungen verhütet werden müssen und die Volkstammer im Verein mit der jetzigen Regierung noch alle die Gelege schaffen muß, die geeignet sind, eine katastrophale Entwicklung in der nächsten Zukunft zu verhüten.

### Das russische Himmelreich

Telegramm meldet aus London: Die Delegation der englischen Arbeiterpartei, die nach Russland geschickt ist, ist zurückgekehrt. Der Vorsitzende der Abordnung, Ben Turner, sagte in einem Interview, in Russland herrsche viel Unruhe, die Bauern für die Lebensmittel keine Kaufkraft bieten könnten. Turner gab zu, daß in Russland ein roter Terror herrsche, aber lediglich als Vergeltung und als Folge des weißen Terrors. Der allgemeine Eindruck der Delegation sei, daß der Grundlag einer Arbeiterregierung für ein demokratisches Land wie England nicht lauge. Es liege sicher viel Gütes in dem Streben der Bolschewisten, aber sie berücksichtigen die menschliche Natur nicht, und so viel Schönes der Kommunismus in vielen Beziehungen auch einschließe, so könne er erst in einigen Generationen verwirklicht werden. Der Delegation ist aufgefallen, daß unter der bolschewistischen Regierung keine industrielle Freiheit besteht und daß Arbeitsniederlegung nicht gestattet wird.

Turner sagte zum Schluß, die Bevölkerung des flachen Landes habe dem Bolschewismus nicht sonderlich freundlich als vielmehr gleichgültig gegenüber, dagegen sei die große Mehrheit der Bevölkerung von Petersburg, wo am meisten gehungert wurde, unzufrieden auf Seiten der Bolschewisten. Die der Neweue Kollaboration Courant aus London meldet, sagten die englischen Arbeiterführer, die die russischen Zustände untersuchen, auch noch, die Bolschewisten hätten zugegeben, daß während der Schreckenszeit ungefähr 8500 Menschen hingerichtet worden seien. Diese Schreckensherrschaft sei jetzt zu Ende, aber die Todesstrafe sei für Spionagefälle wieder eingeführt worden. Russland leide Mangel an Lebensmitteln, Kleidung, Rohstoffen und Transportmitteln. Die Hälfte der Einwohner hungere.

### Eine Denkschrift Krassins

London, 10. Juni. Es verlautet, daß die Denkschrift, die Krassins dem Anstich des Obersten Wirtschaftsrates unterbreitet hat, folgendes enthält:

1. Einstellung des Kriegszustandes als Vorbedingung der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen.
2. Einstellung der Blockade und 3. die Möglichkeit, wirtschaftliche und kommerzielle

### Noch keine Klärung

Eine Klärung unserer innerpolitischen Lage ist immer noch nicht eingetreten. Ein Teil der Demokraten scheint jetzt einer Teilnahme an einer rein bürgerlichen Regierung nicht ganz abgeneigt gegenüber zu stehen. Oberbürgermeister Dominikus führt im Demokratischen Verein in Schönberg aus, die Demokraten seien in der Koalition „den Fortschrittsbestrebungen und der Weltwirtschaft der Sozialdemokratie“ nicht entschieden genug entgegengetreten und dafür müßten sie jetzt büßen. Es es jetzt richtig wäre, bei der Bildung einer Regierung mit Hilfe der Rechtsparteien im Schlußpunkt zu bleiben, erscheint Herrn Dominikus zweifelhaft. In einem Leitartikel der Wollfischen Zeitung sagt Hermann Nachmann, die ungeheuren Gegensätze, welche Demokratie und Sozialdemokratie scheiden, seien zu überbrücken gewesen und er wolle die Frage auf, ob da nicht auch die viel geringeren Gegensätze zwischen Demokratie und Deutscher Volkspartei überbrückbar seien. Das Berliner Tageblatt erklärt allerdings, daß es noch wie vor auf dem Standpunkt stehe, die Demokratische Partei könne nicht mit Politikern zusammenarbeiten, die vor der Wahl „die ganze mühselige Arbeit“ veranlaßt haben oder für sie verantwortlich sind.

Nach einer Meldung der Wollfischen Zeitung soll die Deutsche Volkspartei bereit sein, ein aus den bisherigen Koalitionsparteien bestehendes Kabinett zu bilden, ohne ihm Schwierigkeiten zu machen. Ein solches Kabinett könnte auf eine lokale Opposition, vielleicht sogar eine parlamentarische Unterfraktion der Deutschen Volkspartei rechnen. Natürlich will aber die Deutsche Volkspartei das nicht umsonst tun, sondern es sollen gewisse Bedingungen erfüllt werden. Im Vordergrund dieser Bedingungen soll besonders die Vertretung einer präzisen Meinung an den vorläufigen Reichswirtschaftsrat stehen und außerdem will die Deutsche Volkspartei verlangen, daß das auswärtige Ministerium und das

Reichswirtschaftsministerium nicht lediglich nur noch parteipolitischen Gesichtspunkten beachtet werden. Es ist ja jetzt überhaupt Mode geworden, so zu tun, als wenn sich wirtschaftliche und politische Fragen trennen ließen. Die Sozialdemokratie hat stets betont, daß es sich bei allen politischen Kämpfen im Grunde genommen um die wirtschaftlichen Interessengruppen der verschiedenen Klassen und Schichten handle und deswegen erkannt und auch eine Trennung von politischen und wirtschaftlichen Fragen als unmöglich. Selbstverständlich müssen auch wir wünschen, daß die wirtschaftlichen Fragen von Regierung und Verwaltung so sachverständig wie möglich behandelt werden und auch die Sozialdemokratie billigt es durchaus, daß während der Verhandlungen aus dem Wirtschaftsleben, so wie das jetzt im Reichswirtschaftsrat geschehen soll, zur Beratung wirtschaftlicher Fragen herangezogen werden. Unter keinen Umständen sind wir aber dafür zu haben, daß die Rechte des aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht hervorgegangenen Parlaments irgendeine Beschränkung erfahren, etwa dadurch, daß dem Reichswirtschaftsrat ein entscheidendes Mitwirkungsrecht bei der Entscheidung einräumt wird.

Sollten die Herren von der Deutschen Volkspartei eine derartige Forderung stellen, so müßte sie selbstverständlich von vornherein abgelehnt werden. Ebenfalls können wir uns damit einverstanden erklären, daß etwa das wichtige Reichswirtschaftsministerium von einem Nachmann besetzt wird, ohne daß überhaupt danach getrachtet wird, auf die demokratischen Standpunkt er steht. Ein Wirtschaftsminister könnte noch so hervorragend tüchtig und in wirtschaftlichen Dingen erfahren sein, wenn er ein Mann ist, der mit seinen Anschauungen etwa dem Herrn Stresemann befreit so nicht, sondern eine Teilhaft der Deutschen Arbeiterpartei und dem deutschen Volke schweren Schaden zufügen. Es kommt eben nicht nur darauf an, ob die Leute die zu bestimmten Posten stehen, sondern auch ge Menschen sind, sondern vor aller

### Der neue Erzberger-Prozess

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 11. Juni. Der Verleumdungsprozess, den der Abgeordnete Erzberger gegen den verantwortlichen Redakteur der Deutschen Zeitung, Dr. Wild, angestrengt hat, und der im Juni verhandelt werden sollte, wird am 9. Juli beginnen. Da für die Führung des Beweisbeweises ein sehr umfangreiches Material erbracht werden soll, wird der Prozess sich über die Verleumdungsfrist hinausziehen. Die im Verleumdungsprozess zur Erörterung gelangten Vorgänge dürften zum zweitenmal das Gericht beschäftigen. Herr Helfferich wird auch diesmal am Zeugnis teilnehmen.

### Reichsschulkonferenz

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 11. Juni. Unter dem Vorsitz des Reichsministerpräsidenten wurde heute vormittag 10 Uhr im Reichstagsgebäude die Reichsschulkonferenz eröffnet, zu der etwa 600 Vertreter aus allen Staaten zugegen sind. Die Leitung der Reichsschulkonferenz liegt in den Händen der Staatssekretäre Schulz. Die Konferenz wird der Aufsicht der Regierung der nächsten zehn Jahre sein. Die Tagung wird einen Überblick über den Stand unseres bisherigen Schulwesens ermöglichen. In erster Linie soll bei der Pflege der deutschen Kultur der nationale Gedanke gepflegt werden. Im Vordergrund steht der Ruf nach der sozialen Einheitschule.

### Sonntagsverkehr in Sachsen

Der Sonntagsverkehr am Sonntagen ist für die Linien der Eisenbahngeneraldirektion Dresden mit Gütern ab dem 13.6. neu geregelt worden. Die von diesem Tage an Sonntagen bestehenden Güter werden durch Anschlag auf den Bahnhöfen bekanntgemacht. Außerdem wird ein Fahrplanbescheid in Taschenformat bearbeitet, das voraussichtlich Ende nächster Woche erscheint.